



FDP | 20.03.2013 - 16:00

Mehr Geld für mehr Prävention



Die Krankenkassen sollen stärker in die Prävention von Volkskrankheiten eingebunden werden. Zumindest wenn es nach den Plänen von Gesundheitsminister **Daniel Bahr** geht, die das Kabinett beschlossen hat. Im "ARD-Morgenmagazin" erklärte Bahr: "Die Regierung sagt den Volkskrankheiten den Kampf an." Es werde Sorge getragen, dass die Gelder zielgerichtet eingesetzt werden, betonte der Minister.

Diabetes, Rückenschmerzen, Depressionen und Übergewicht sind nur einige der Volkskrankheiten, die das deutsche Gesundheitssystem belasten. Der Gesundheitsminister erklärte, dass "wenn es uns gelingt Volkskrankheiten zu vermeiden, verhindern wir Kosten, die sonst später entstehen." Die Kassen sollen sechs Euro pro Versichertem und damit insgesamt 400 Millionen Euro hierfür bekommen.

Prävention nicht länger nur Marketing

Denn: Je früher im Lebensverlauf Präventionsmaßnahmen greifen, desto eher können gesundheitliche Risikofaktoren beeinflusst werden. Der Gesetzentwurf stellt deshalb sicher, dass die Krankenkassen schon ab dem Kindesalter mit zielgerichteten Präventionsangeboten auf eine gesundheitsbewusste Lebensweise der Versicherten hinwirken können.

Bahr monierte, dass viele Präventionsmaßnahmen der Krankenkassen in der Vergangenheit im Bereich Marketing angesiedelt gewesen seien. In Zukunft müssten die Kassen die präventive Wirkung ihrer Programme nachweisen. Alle Partner sollten ihrer Verantwortung gerecht werden, betonte der Minister.

Deswegen werde unter anderem eine ständige Präventionskonferenz in Gesundheitsministerium eingerichtet. Hier sollen Länder, Kommunen, Sportvereine und die Krankenkassen gemeinsam über Projekte und Finanzierungen beraten.

Präventionskurse für diejenigen, die sie benötigen

Ein besonderes Anliegen des Gesetzentwurfs ist es, stärker als bisher Präventionsaspekte bei den Früherkennungsuntersuchungen für Kinder sowie bei den Gesundheitsuntersuchungen für Erwachsene (sogenannter Check-up) zu berücksichtigen. Die Ärzte sollen deshalb die Versicherten auf der Grundlage der individuellen gesundheitlichen Risiken und Belastungen präventionsorientiert beraten. Am Ende dieser Beratung kann eine ärztliche Empfehlung für eine Präventionsmaßnahme stehen. Auch dies wird dazu beitragen, dass Präventionsangebote, insbesondere die von den Krankenkassen angebotenen Präventionskurse, gezielt diejenigen Menschen erreichen, die sie benötigen.

Weiterhin sieht der Gesetzentwurf Erleichterungen für Versicherte mit besonderen beruflichen oder familiären Belastungssituationen vor. Beispielsweise haben Versicherte in Schichtarbeit oder pflegende Angehörige häufig Schwierigkeiten, die Präventions- und Vorsorgeangebote am Wohnort in ihren regulären Tagesablauf zu integrieren. Diese Versichertengruppe soll daher Präventionsangebote in kompakter Form fernab des Alltags, auch in anerkannten Kurorten, in Anspruch nehmen können.

Opposition kann sich guten Argumenten nicht verschließen

Der Gesundheitsminister zeigte sich optimistisch, dass auch der Bundesrat dem Gesetz zustimmen werde: "Auch der Bundesrat und die Opposition können sich guten Argumenten nicht verschließen." Auch Rot-Grün werde anerkennen müssen, dass das vorliegende Gesetz einen Meilenstein darstelle.

Bahr betonte: "Viele Krankheiten können vermieden werden, wenn frühzeitig auf bekannte Risikofaktoren wie Übergewicht, Bewegungsmangel oder etwa auf psychische Belastungen Einfluss genommen wird. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, frühzeitig gegenzusteuern. Es lohnt sich hier mehr zu investieren, damit Kinder gesund aufwachsen. Damit aus den Kindern gesunde Erwachsene werden, die nicht an den Folgen einer Erkrankung leiden, die durch ein gesundheitsbewussteres Verhalten hätte vermieden werden können. Wir müssen allen Kindern ein gesundes Aufwachsen ermöglichen."

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/mehr-geld-fuer-mehr-praevention#comment-0>